



Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP

Mitglied des Europäischen Konvents

Intervention auf der Plenartagung des Konvents, Brüssel, 29. Oktober 2002

### **Anmerkungen zu Aufbau und Bestimmungen der EU-Grundrechtecharta**

Ich möchte zwei Punkte des Berichts der Arbeitsgruppe Grundrechtecharta ansprechen.

#### *1. Zur Bedeutung der „Erläuterungen“ der Charta*

Ich war selbst Mitglied im Grundrechtekonvent und habe die Verwirrung erlebt, die diese „Erläuterungen“ zur Grundrechtecharta damals ausgelöst haben. Der Grundrechtekonvent hat es damals ausdrücklich abgelehnt, sich diese Erläuterungen zu eigen zu machen. Im Dokument CONVENT 49 des Grundrechtekonvents heißt es deshalb ausdrücklich: „Die vorliegenden Erläuterungen sind *vom Präsidium in eigener Verantwortung* formuliert worden.“ Das heisst: Die Erläuterungen waren kein Arbeitsergebnis des Konvents und sind auch nicht von ihm beschlossen worden.

Wenn sie jetzt in besonderer Weise herausgehoben werden sollen, dann ist das nicht akzeptabel. Denn damit würde den Erläuterungen nachträglich über die Hintertür doch noch jene Legitimation verliehen, die ihnen der Grundrechtekonvent ausdrücklich verweigert hat.

#### *2. Zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe, die horizontalen Bestimmungen der Charta zu verändern*

Im Grundrechtekonvent wurde heftig darüber gestritten, ob die Grundrechtecharta zwischen subjektiven Rechten und objektiven Grundsätzen unterscheiden solle.

Allen Beteiligten war dabei klar, dass Grundrechte als objektive Grundsätze zwar gleichfalls verbindlich sind, aber dass einzelne ihre Einhaltung nicht selbst einklagen können würden. Im Grundrechtekonvent wurde daher ein Kompromiss erzielt.

Die große Mehrheit des Konvents, die keinesfalls bloße objektive Grundsätze in der Charta verankert sehen wollten, stimmte dennoch zu, dass einige Grundrechte gleichwohl in einer Weise formuliert wurden, die zumindest beide Auslegungsmöglichkeiten eröffnete. Im Gegenzug erklärten sich die anderen Konventsmitglieder einverstanden, dass man dafür in den horizontalen Bestimmungen auf eine solche Unterscheidung verzichtete.

Genau diese Unterscheidung wird aber nun von der Arbeitsgruppe vorgenommen. Der Vorschlag der Arbeitsgruppe zur Neuformulierung des Artikel 52 schreibt also nicht den damaligen Kompromiss fest. Es definiert ihn vielmehr völlig neu und zwar einseitig zu Lasten der großen Mehrheit des Grundrechtekonvents. Ich stimme Kollegen Duhamel zu, dass dies einem Rückschritt gleichkommt, denn es handelt sich eben nicht, wie Kollege Meyer ausführte, lediglich um eine bloße redaktionelle Klarstellung der Chartabestimmungen.